



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
5. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 20.10.2011
in der Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:20 Uhr

Anwesend

Bürgermeister
Herr Hermann Hupe

SPD

Herr Thomas Blaschke
Frau Britta Dreher
Frau Marion Dyduch
Herr Joachim Eckardt
Herr Kaya Gercek
Frau Astrid Gube
Frau Petra Hartig
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Heiko Klanke
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Annette Mann
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Silvester Runde
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann
Frau Nicola Zühlke

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Frau Susanne Middendorf
Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Adrian Mork
Frau Bettina Werning

FDP
Frau Heike Schaumann
Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Gabriele Lenkenhoff

Ortsvorsteher
Herr Ulrich Klein
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung
Herr Reiner Brüggemann
Frau Sabrina Conrad
Herr Uwe Liedtke
Herr Jörg Mösigen
Herr Ronald Sostmann
Herr Ralf Tost

Personalrat
Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Herr Dieter Kloß
Frau Alexandra Möller

Der Bürgermeister, Herr **Hupe**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Frau **Scharrenbach** aufgrund der Aktualität die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Westtangente“.

Herr **Hupe** wies daraufhin, dass die Erweiterungen der Tagesordnung nur in einem engen Rahmen möglich sei, wenn eine Angelegenheit keinen Aufschub dulde oder äußerste Dringlichkeit vorliege. Diese Voraussetzung sah er beim Thema Westtangente nicht gegeben. Der Bürgermeister verwies auf die Berichterstattung der Presse zum Gespräch mit dem Ministerium in Düsseldorf, dazu werde er unter dem Tagesordnungspunkt A 3 „Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen“ näher berichten.

Änderungen der Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Haushaltsplan 2012 - Bericht der Verwaltung	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Haushaltsplan 2012 - Bericht der Verwaltung

Anhand einer Powerpoint-Präsentation referierte Herr **Mösgen** zum Haushalt.

(Auf die als Anlage beigefügte Rede wird verwiesen. Die aktualisierte Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Ergänzend zu den Ausführungen des Kämmerers informierte Herr **Hupe**, dass daran gearbeitet werde, dem Rat Anfang 2012 ein überarbeitetes, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten nutzendes, Haushaltshaltssicherungskonzept vorzulegen.

Die Frage von Frau **Werning** nach der Möglichkeit den vorläufigen Haushalt 2012 vorab als Datei zu erhalten, verneinte Herr **Mösgen** mit der Begründung, dass dies aufgrund der fehlenden Zahlen und komplexen Zusammenhänge nicht möglich sei. Er bat daher noch um Geduld bis die Zahlen der Verwaltung vorliegen.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, ob die nach geltender Erlasslage eingeräumte Möglichkeit, Liquiditätskredite großzügig umzuschulden, genutzt werde. Zudem fragte sie nach der Zeitschiene zur Beschlussfassung des Haushaltes.

Herr **Hupe** führte zur Frage nach den Liquiditätskrediten aus, dass die Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich unterschiedlicher Bindungsfristen sowie günstigen Zinsen selbstverständlich sowie günstigen Zinsen selbstverständlich zum Standardverfahren gehöre. Dies sei ein laufender Prozess unter ständiger Anpassung an die aktuellen Bedingungen. Aufgrund der fehlenden Zahlen könne eine Beschlussfassung erst in der für Dezember geplanten Ratsitzung erfolgen.

Im Anschluss berichtete der Bürgermeister anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage) zu den strukturellen Überlegungen des Stellenplans. Beginnend mit der Darstellung der Entwicklung der Stellenzahlen bis 2012, erläuterte er im Folgenden die Eckdaten zum Stellenplan anhand des Planstellenvergleiches der Jahre 2011 und 2012. Er hob hervor, dass es keine Stellenstreichungen geben werde.

Nach dem Vergleich der Planstellen mit den vollzeitverrechneten Stellen, stellte der Bürgermeister dar, wie sich die Zahl der Einwohner pro Mitarbeiter entwickelt habe. Im Jahr 2012 liege im Vergleich zum Jahr 2011 eine marginale Senkung vor. Beim Vergleich mit anderen Städten müsse u.a. auch die Vorhaltung der hauptamtlichen Feuerwehrewache in Kamen berücksichtigt werden, dies sei nicht überall gegeben. Er machte darauf aufmerksam, dass ein Anteil von 1/5 der Stellen durch Dritte refinanziert würde.

Zum Personalaufwand gab Herr Hupe zunächst einen Überblick zur Aufteilung der Netto-Personalaufwendungen der Stadt Kamen sowie den aus verschiedenen Gründen refinanzierten Personalaufwendungen. Bei der Darstellung der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen,

sei für das Jahr 2012 die erwartete Tarifierhöhung bereits im Gesamtaufwand berücksichtigt. Zur Darstellung des Konsolidierungsbeitrags der Personalaufwendungen machte er darauf aufmerksam, dass die Nettoaufwendungen ohne den Versicherungsanteil abgebildet seien. Seit 1995 sei durch das Personal ein Konsolidierungsanteil in Höhe von insgesamt 57 Mio. Euro geleistet worden. Kritisch betrachtete er den Beförderungsstau im Beamtenbereich, der durch den Nothaushalt bedingt sei. Momentan sei es nur möglich Höhergruppierungen im Angestelltenbereich vorzunehmen. Dies stelle vor allem für die unteren Besoldungsbereiche eine große Ungerechtigkeit dar.

Auf die Frage von Herrn **Mork** zum Durchschnittsalter der städtischen Beschäftigten, sagte Herr **Hupe** zu, diese Zahlen nachzureichen.

Mitteilung der Verwaltung:

Das Durchschnittsalter der städtischen Beschäftigten beträgt 46,2 Jahre.

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Mitteilungen

1.1 Westtangente

Anhand einer Karte (siehe Anlage) berichtete Herr **Hupe** zum aktuellen Verfahrensstand bezüglich der L 663n/ Westtangente.

Aufgrund der großen Bedeutung für die Region habe ein Gespräch zusammen mit dem Landrat Makiolla, dem Unnaer Bürgermeister Kolter und dem Verkehrsminister in Düsseldorf stattgefunden. Als Ergebnis dieses Gespräches fasste er zusammen, dass das Projekt L 633n/ Westtangente aus verschiedenen Gründen in kommunaler Verantwortung ausgeführt werden solle. Es sei eine Landesfinanzierung in Aussicht gestellt worden, wenn den Kommunen ein regionaler Konsens gelinge.

Einen Vorteil dieser Verfahrensweise sah er in der Chance, durch kommunale Planung das Projekt in einem vertretbaren Zeitraum umzusetzen.

Im Folgenden veranschaulichte der Bürgermeister den aktuellen Bestand sowie die verschiedenen Bauabschnitte. Sollte der 4. Bauabschnitt nicht zu Stande kommen, bestehe die Gefahr, dass die Verkehrsflüsse unkontrolliert nach Massen und von da aus nach Wasserkurl oder Südkamen abfließen würden.

Zudem betonte er die Bedeutung einer Anbindung an das gemeinsame Gewerbegebiet der Städte Unna und Kamen. Die WFG habe im Gewerbegebiet bereits den Grunderwerb übernommen. Erste Flächenveräußerungen seien in Planung.

Er informierte, dass gemeinsam mit den anderen Bürgermeistern der Konsens zum Linienbestimmungsverfahren erneuert worden sei. In der Praxis werde die Planung auf die einzelnen Städte aufgeteilt, da jede

Stadt für sich nicht genug Kapazitäten zur Durchführung der gesamten Maßnahme habe.

Herr Hupe begrüßte die Lösung zur Durchführung des Projektes in kommunaler Zuständigkeit. Die Realisierung des Projektes sei in vielerlei Hinsicht unterstützenswert.

Ein Problem sei an der Stadtgrenze zu Dortmund aufgetreten, da die Planung dort sensible ökologische Bereiche tangiere. Nach einer Lösung werde gesucht.

Er habe aus dem Gespräch die Bereitschaft des Landes, den Prozess positiv zu begleiten, mitgenommen. Mit einer Vereinbarung der Städte Dortmund, Unna und Kamen soll die Planung weiter vorangetrieben werden.

2. Anfragen

2.1 Westtangente

Unter Bezugnahme auf die Ausführung des Bürgermeisters, stellte Frau **Scharrenbach** heraus, dass die Problemlage bekannt sei, sie jedoch den Wunsch gehabt habe, dass eine gleichrangige Priorisierung der Maßnahme durch das Land erfolge.

Sie halte es für richtig, den Bau von Ost nach West vorzunehmen. Zum Modell der kommunalen Bauplanung erkundigte sie sich, ob die finanzielle Vorleistung der Städte durch das Land voll erstattet würden.

Herr **Hupe** führte aus, dass eine Priorisierung nicht nötig sei, da die Landesplanung durch die kommunale Planung ersetzt werde. Durch die zugesagte Landesfinanzierung handele es sich nach Fertigstellung des Projektes um eine Landesstraße. Wie die Landesfinanzierung ausgestaltet werde, könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten.

Auf die Frage nach der Erstattung der Vorlaufkosten durch das Land, gab Herr **Hupe** den Hinweis, dass zur Klärung der weiteren Details zunächst eine Vereinbarung der beteiligten Städte geschlossen werden müsse. Abschließend unterstrich er, dass im Vordergrund der Konsens stehe und nicht in welche Richtung der Bau erfolge.

Frau **Dyduch** schlug vor, das Thema im Fachausschuss im Detail zu erläutern und erörtern.

2.2 Schulrechtsänderung

Herr **Eckardt** fragte bezogen auf die landespolitische Entscheidung zu den „Zwergschulen“ nach den Auswirkungen für Kamen und neuen Überlegungen der Verwaltungen zu diesem Thema. Er bat darum, das Thema mit in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses aufzunehmen und seitens Verwaltung sowie der Schulaufsicht zur Bewertung der Situation in Kamen zu berichten.

Herr **Brüggemann** wies daraufhin, dass die landespolitische Entscheidung noch recht frisch, jedoch keine große Überraschung gewesen sei. Zunächst bleibe abzuwarten, wie das Konzept, dass das Land dazu erarbeiten müsse, im Detail aussehen werde. Entsprechende Überle-

gungen und Formulierungen der schulrechtlichen Aspekte würden zum Jahresende erwartet. Er machte deutlich, dass Änderungen erst für das Schuljahr 2013/14 umgesetzt werden könnten. Er sagte eine Thematisierung in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu. Sollten sich für den Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule in Heeren Werve neue Perspektiven zur Klassenbildung ergeben, werde die Verwaltung den Rat informieren. Zunächst müssten allerdings die Ergebnisse des genauen Landeskonzepthes abgewartet werden.

Herr **Eisenhardt** bat darum, den Vortrag der Verwaltung zu konkretisieren. Er fragte nach den Auswirkungen für die Anmeldungen zum Schuljahr 2012/2013.

Herr **Brüggemann** verdeutlichte, dass zunächst die neuen Richtlinien zu dieser Gesetzesänderung abgewartet werden müssten. Diese seien bislang nicht bekannt. Er hoffe auf rechtzeitige Informationen für die Anmelderunde zum Schuljahr 2013/2014. Wie bereits ausgeführt, seien die Anmeldungen für das Schuljahr 2012/2013 abgeschlossen.

2.3. Leerstehendes Praktiker Gebäude, Luftreinhalteplan

Frau **Scharrenbach** fragte nach, warum nach der Ankündigung des Abrisses des leerstehenden Praktiker Gebäudes, nichts geschehen sei. Zudem bat sie um Information zum Stand des Luftreinhalteplans.

Herr **Hupe** teilte zum leerstehenden Praktikermarkt mit, dass der Projektträger gewechselt habe und der Verwaltung vom neuen Projektträger noch keine weiteren Informationen vorlägen.

Herr **Liedtke** führte zum Luftreinhalteplan aus, dass die beantragte ergänzende Berechnung mittlerweile durchgeführt worden sei und dem Landesumweltamt nun zur Prüfung vorliege. Sobald eine Rückmeldung erfolge, werde im Planungs- und Umweltausschuss darüber informiert.

gez. Hupe
Bürgermeister

gez. Tost
Schriftführer